

LUTZ BRANGSCH UND JUDITH DELLHEIM

DIE UKRAINE, RUSSLAND UND DER «WESTEN»

ZUR GESCHICHTE EINES INTERNATIONALEN KONFLIKTS

«Es wird Krieg geben», erklärte der US-amerikanische General Robert Neller bei einem Truppenbesuch am Weihnachtstag 2017 in Norwegen.¹ Schon eineinhalb Jahre zuvor hatte der Vorsitzende der Münchner Sicherheitskonferenz Wolfgang Ischinger gewarnt, dass aus «Eskalationsschritten militärische Kampfhandlungen» zwischen Russland und dem «Westen» werden könnten, die Gefahr sei «größer denn je». Ischinger hat der Nato mehrfach zur Zurückhaltung im Umgang mit Russland geraten. Sie solle «nicht draufsatteln, sondern mäßigen». Der Diplomat sieht die Russland-Strategie der Nato als eindimensionale «Demonstration militärischer Stärke». Dialog, Entspannung und die Rückkehr zu Rüstungskontrollen seien strategisch geboten.²

Indes präsentieren russische Medien neue und bessere Waffensysteme, die die russischen Streitkräfte schlagkräftiger machen sollen. Und zu Beginn dieses Jahres beschloss das ukrainische Parlament die «Reintegration des Donbass-Gebietes», was ein Verstoß gegen das Minsker Abkommen ist. Aus all dem folgt nicht, dass sich die Linken auf eine der Seiten schlagen müssten. Aber sie müssen sich zu den Konflikten und Problemen verhalten und sich die Entstehungsgeschichte dieses Konflikts bewusstmachen, die bald nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion begann.³

«POLITIK DER STÄRKE» ALS KARDINALPROBLEM

Die Europäische Union (EU) und ihre Vorgängerinnen haben zweifellos Frieden zwischen ihren Mitgliedern gestiftet – das betraf vor allem Westeuropa –, aber sie waren nie konsequente Friedensprojekte. Ihre Gründungsstaaten waren mehrheitlich Kolonialmächte und waren bzw. sind Mitglieder der Nato. Mit dem Ende der Blockkonfrontation hätte die westeuropäische Gemeinschaft zum wirklichen Friedens- und Einigungsprojekt werden können. Das hätte aber eine starke Friedensbewegung im Bündnis mit einer starken Linken erfordert; beides gab es nicht. So konnte ein neues Regime imperialer Weltordnung durchgesetzt werden, das seine anfängliche Stabilität wesentlich aus der Schwäche Russlands bezog.

Im September 1990 wurde der Zwei-plus-Vier-Vertrag unterzeichnet und damit «die deutsche Einigung» ermöglicht. Im November 1990 kamen in Paris die Staats- und Regierungschefs der Teilnehmerstaaten der Konferenz über Si-

cherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) zusammen, um ein neues Kapitel europäischer Geschichte aufzuschlagen. Ihre Abschlusserklärung spiegelt den Kompromiss wider, den die Regierenden von 22 Staaten erreicht hatten. Die Herrschenden im «Westen» wünschten sich, dass in der Sowjetunion und allen Staaten Mittel- und Osteuropas ihnen genehme Ordnungen entstehen würden. Sie demonstrierten so, dass sie kein ernsthaftes Interesse an einem kollektiven Sicherheitssystem hatten, das Russland, die USA und alle europäischen Staaten einschließen und sich an den KSZE-Normen orientieren müsste. Der Aufbau eines solchen Sicherheitssystems hätte mit weitreichenden Abrüstungsschritten einhergehen müssen. Wichtige Ausgangsbedingungen dafür waren mit den Verträgen über das Verbot der Verbreitung von Atomwaffen von 1969, dem ABM-Vertrag⁴ von 1972 und der INF-Vereinbarung⁵ von 1987 gegeben.

Im August 1990 besetzte der Irak Kuwait. Das nahmen die USA zum Anlass, um im Januar 1991 am Persischen Golf zu intervenieren. Fünf Mitglieder der Europäischen Gemeinschaft (EG), aber auch polnisches und tschechoslowakisches Militär waren am 1. Irak-Krieg unmittelbar beteiligt. Das geeinte Deutschland unterstützte ihn. Diese Intervention in einen Konflikt zwischen zwei arabischen Staaten sollte der «Dritten Welt» wie der Welt insgesamt demonstrieren: Das Sagen haben nunmehr die USA und sie können sich dabei auch auf einstige Bündnispartner der UdSSR stützen.

In dieser dramatischen Situation begannen politische Akteure in der Ukrainischen Sowjetrepublik, die Abspaltung von der UdSSR zu betreiben – offen unterstützt durch die

USA. Beim Referendum über die ukrainische Selbstständigkeit am 1. Dezember 1991 stimmten 90,3 Prozent der Beteiligten für die Unabhängigkeit, auf der Krim waren es knapp 54 Prozent. Der russische Präsident Boris Jelzin begann daraufhin, über die strittigen Fragen zu verhandeln: über die russische Flotte im Schwarzen Meer, die Halbinsel Krim, die Schulden der früheren Sowjetrepublik bei der UdSSR und nun bei Russland, die ukrainischen Schulden bei Gasprom und über die Rechte der russischen Minderheit auf ukrainischem Territorium. Im Zerfallsprozess der UdSSR gründeten überwiegend russische Akteure in der ehemaligen Sowjetrepublik Moldawien die unabhängige Republik Transnistrien. Sie wird von Russland anerkannt und unterstützt, auch militärisch.

Nachdem Ungarn und Österreich das Auseinanderbrechen Jugoslawiens forciert hatten, erkannte die deutsche Regierung mit Verweis auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker Ende 1991 Slowenien und Kroatien als selbstständige Staaten an. Zu dieser Zeit diskutierte die Nato ihre neue Strategie einschließlich möglicher Einsätze außerhalb der Mitgliedsländer und des Bündnisgebietes. Im Frühjahr 1992 erklärte der Oberste Sowjet des Autonomen Gebietes der Krim dessen Unabhängigkeit, die der Oberste Rat der Ukraine ablehnte. 1992/93 gab es offenen Streit um die Schwarzmeerflotte, die die Präsidenten Russlands und der Ukraine gegen den Willen des Militärs einfach teilen wollten. Schließlich erhielt Russland 81,7 Prozent, die Ukraine 18,3 Prozent der Flotte, die aber als Ganzes stationiert blieb. Russland bezahlte dafür mit Gaslieferungen und der Streichung ukrainischer Schulden. (Der entsprechende Vertrag wurde später bis 2017 verlängert.)

Der 1993 in Kraft getretene Maastrichter Vertrag über die Europäische Union orientierte auf globale Konkurrenzfähigkeit, «sicherheitspolitische» Handlungsfähigkeit und «Schutz» vor Geflüchteten, Migrantinnen und Migranten. Im selben Jahr fanden drei Verhandlungsrunden zu einem Partnerschafts- und Kooperationsabkommen zwischen der EU und der Ukraine statt, ab März 1994 ging es dann auch um ein Freihandelsabkommen. Im Jahresverlauf verzichtete die Ukraine auf die auf ihrem Territorium gelagerten sowjetischen Atomwaffen und ermöglichte ihren Abtransport nach Russland. Im Gegenzug verpflichteten sich die USA, Großbritannien und Russland, die territoriale Integrität der Ukraine einschließlich der Krim zu verteidigen. 1994 wurden Schweden und Russlands Nachbar Finnland Nato-Partner.

Während auf dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawien blutige Kämpfe tobten und nationalistische Faschisten Massaker verübten, halfen US-amerikanische Akteure bei Jelzins Wiederwahl zum Präsidenten.⁶ Nachdem dann im Frühjahr 1997 die Grundakte über gegenseitige Beziehungen, Zusammenarbeit und Sicherheit zwischen der Nato und Russland unterzeichnet war, bot man Polen, Ungarn und Tschechien den Nato-Beitritt an und vereinbarte mit der Ukraine die Charta über eine außerordentliche Partnerschaft. Ebenfalls 1997 wurde Finnland Mitglied des Euro-Atlantischen Partnerschaftsrats (EAPR), was seinen Status als Nato-Partner aufwertete. Indes versuchten die USA, Moskau zur Änderung des ABM-Vertrages zu bewegen, um die Entwicklung und Stationierung von durch den Vertrag verbotenen Raketenabwehrsystemen rechtlich zu legitimieren; gleichzeitig arbeiteten sie an einer Kooperation zwischen Georgien, der Ukraine, Aserbaidschan und Moldawien zur Eindämmung des russischen Einflusses in der Region. Zbigniew Brzezinski,

der damalige Berater des US-Präsidenten, drängte auf eine Mitgliedschaft der Ukraine in der EU und in der Nato bis zum Jahr 2010. Während die Nato die strategische Partnerschaft mit Georgien initiierte, wurde das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen zwischen der EU und der Ukraine ausgehandelt. Wenige Tage nachdem im März 1999 Tschechien, Polen und Ungarn Nato-Mitglieder geworden waren, begann die Nato ihre Luftangriffe gegen Serbien. Die von den USA geführte Operation, an der sich neun Mitglieder der EU beteiligten, war der erste Krieg, den die Nato außerhalb eines Bündnisfalls und ohne ausdrückliches UN-Mandat führte.

Ergo: Zur Jahrtausendwende war das wirtschaftlich und moralisch stark geschwächte Russland in einer sicherheitspolitisch und militärisch prekären Situation, die sich mit der Unterzeichnung des EU-Vertrages von Nizza 2001 noch verschärfte, weil er die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik in das EU-Recht einführte.

Ungeachtet alternativer russischer Vorschläge kündigten die USA 2001 den ABM-Vertrag und begannen umgehend mit der Schaffung eines Raketenabwehrsystems zum eigenen Schutz. Obwohl der russische Präsident Wladimir Putin unmittelbar nach den Terror-Anschlägen vom 11. September 2001 den USA ein gemeinsames Vorgehen im Kampf gegen den Terrorismus angeboten hatte, entschied US-Präsident George W. Bush die weitere Nato-Ausdehnung an den Grenzen zu Russland. Ab Herbst 2001 beteiligten sich am Krieg gegen Afghanistan 15 Mitglieder und elf Kandidaten der Europäischen Union. Ende 2001 nahm die Europäische Kommission das Landesstrategie-Papier (CSP) für die Ukraine an – die Kooperation sollte erweitert und allseitig vertieft werden. Der Nato-Gipfel vom November 2002 beschloss die Aufstellung einer Response Force (NRF), einer schnellen Eingreiftruppe mit Land-, Luft- und Seestreitkräften. Im März 2003 führten die USA und Großbritannien, gefolgt von fünf EU-Mitgliedern und zehn EU-Kandidaten, erneut einen völkerrechtswidrigen Krieg – dieses Mal wieder gegen den Irak. Zu dieser «Koalition der Willigen» gehörten acht Nachfolgestaaten der UdSSR, darunter die Ukraine, und fünf ehemalige Mitglieder des Warschauer Paktes. 2004 wurden die baltischen Staaten EU- und Nato-Mitglieder. Die Slowakei, Rumänien, Bulgarien und Slowenien folgten ihnen. 2004 erhielt Georgien von der Nato einen Individual Partnership Action Plan. Im Jahr nach der großen EU-Erweiterung von 2004 initiierte die Nato den verstärkten Dialog mit der Ukraine. Sie startete ihr Erfassungs- und Abwehrprogramm für Kurz- und Mittelstreckenraketen (ALTBM) und gab im Juli 2006 Plannungen zu einem europaweiten Raketenabwehrprogramm bekannt.

Seit dieser Zeit verhehlen herrschende Kreise in den USA keineswegs ihr Interesse und ihre großzügige finanzielle Unterstützung für ihnen genehme «Revolutionen» in den Nachfolgestaaten der UdSSR. 2006 vertieften die Nato und Georgien ihre Zusammenarbeit. Als dann die USA 2007 auf der Basis bilateraler Vereinbarungen auch noch «rotierende» konventionelle Kampfgruppen in Rumänien und Bulgarien stationierten und die Aufstellung strategischer Raketenabwehr-einrichtungen in Polen und Tschechien vorbereiteten, sprach Russland von einem neuem Unipolarismus. Die USA waren nicht bereit, Russlands Interesse an der OSZE zu entsprechen und diese Organisation rechtsverbindlich zu stärken.

Mit der Konsolidierung Russlands unter Putin verhielten sich die Herrschenden in den USA und in der Nato zuneh-

mend aggressiver gegenüber Russland. Der gleichzeitig wachsende Stellenwert der militärischen Komponente in der Politik Chinas verstärkte diesen Effekt.

RUSSLAND PASST SICH DER LOGIK DES «WESTENS» AN

Im Juli 2008 kam es zu Kampfhandlungen zwischen den Milizen der aus Georgien ausgetretenen Republiken Südossetien und Abchasien und der georgischen Armee.⁷ Daraufhin starteten Anfang August 2008 georgische Einheiten eine von den USA unterstützte Offensive, um die Kontrolle über die gesamte Region zurückzugewinnen. Das nahm die russische Regierung zum Anlass, um deutlich zu machen, dass sie eine weitere Verletzung ihrer Sicherheitsinteressen nicht hinnehmen werde, und agierte ihrerseits imperialistisch: Russische Truppen aus dem Nordkaukasus rückten zum Schutz der abtrünnigen Republiken bis in georgisches «Kernland» vor. Nach einem blutigen Fünftagekrieg wurde am 12. August ein Waffenstillstand vereinbart. In Reaktion auf die russische Intervention suspendierte die Nato zeitweise ihre Beratungen im Rahmen des Kooperationsrates mit Russland.

Beim EU-Ukraine-Gipfel im September 2008 diskutierte man ein Assoziierungsabkommen. 2009 startete die EU ihr östliches Nachbarschaftsprojekt mit der Ukraine als größtem Partner. Kroatien wurde Nato-Mitglied. Im November 2010 beschloss die Vertreter der Nato-Mitgliedstaaten mit ihrem neuen Strategiepapier die Ausweitung ihres geplanten Raketenschildes. Kooperationsangebote an Russland nach Obamas «Reset» konnten bzw. sollten die weitere Orientierung auf den Ausbau von «Abschreckungspotenzialen» gegenüber Russland nicht relativieren. Während der «Westen» immer schärfer eine Rückentwicklung von Demokratiestandards und die Missachtung von Menschenrechten in Russland anprangerte, blieben die konventionelle Rüstungskontrolle und das OSZE-Konzept eines gemeinsamen, ungeteilten Sicherheitsraums auf der Strecke. Bei der Zunahme der Territorialdispute um Transnistrien, Ossetien und Abchasien ging es de facto um die Neuordnung und Anbindung des einst sowjetischen Raums an die Nato, wofür die Ukraine von höchster Relevanz war und ist.

Die libysche «Revolution des 17. Februar» 2011, bei der es um eine Neuverteilung der Macht und dabei auch um ethnisch motivierte Ansprüche ging, weitete sich zu einem Bürgerkrieg aus. Das Land, seine Führung, sein Staat und seine Streitkräfte spalteten sich. Mit Maßnahmen zum vorgebliehen Schutz von Zivilisten begannen Mitte März die USA, Großbritannien und Frankreich mit einer Luft- und Seeblockade sowie mit Luftangriffen auf Truppen und Militäreinrichtungen der Regierung. Mit diesem Vorgehen unterstützten sie die Bodentruppen der heterogenen Opposition bei ihrer Einnahme von Städten. Der entmachtete Staatschef Gaddafi wurde ermordet. Angesichts der Gewaltexplosion in Libyen forderte der russische Ministerpräsident Putin rechtsverbindliche Garantien dafür, dass das Raketenabwehrsystem der USA bzw. der Nato nicht gegen die im europäischen Teil Russlands stationierten Interkontinental- und Kurzstreckenraketen gerichtet wird. Eben zu dieser Zeit stationierten die USA im Rahmen ihres Raketenprogramms ein Schiff mit entsprechender Ausrüstung und Bewaffnung im Mittelmeer. Im türkischen Kürecik wurde ein mobiles AN/TPY-2-Radar aufgestellt und 2012 wurde die Türkei mit neuen Raketen Systemen gegen syrische Raketen ausgestattet. Im selben Jahr

haben die europäischen Nato-Mitglieder gemeinsam mit den USA ein Kontroll- und Führungszentrum im rheinland-pfälzischen Ramstein geschaffen, wo im Krisenfall über den Einsatz von Abwehrraketen entschieden werden soll.

GEWALT NACH AUSSEN – GEWALT NACH INNEN

Westliche Politikerinnen und Politiker hatten inzwischen «verlernt», geopolitisch mit Kompromissen zu leben – und die Schwäche des gesellschaftlichen Widerstandes gegen ihre imperiale Politik schien ihnen recht zu geben. Nicht zufällig fallen in der EU die Intensivierung der Zusammenarbeit in Fragen der «inneren Sicherheit», der Abbau sozialer Schutzrechte, zunehmende Repressionen und eine aggressive Außenpolitik zusammen: Die Strategie EU 2020 hat zum einen eine starke militärische bzw. «sicherheitspolitische» Dimension und zielt zum anderen auf eine Stärkung der EU als globaler konkurrenz- und handlungsfähiger Akteur, für den die östliche und südliche Nachbarschaft von hohem Stellenwert ist. In Russland dient der Konflikt mit dem «Westen» als Legitimation für eine repressive Innenpolitik: So werden beispielsweise seit 2012 Nichtregierungsorganisationen stärker kontrolliert, vor allem solche, die mit ausländischen Geldern finanziert sind.

In den Jahren 2011 bis 2013 gab es sowohl in der Ukraine als auch in der EU ein Hin und Her in Sachen Assoziierungsabkommen. Während in der EU die rechtsstaatliche Entwicklung der Ukraine bezweifelt wurde, stritten die ukrainischen Verhandlungsführer über Anpassungs- und Garantieleistungen für den Erdgastransport sowie über die wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Auswirkungen einer Abkehr von der Zusammenarbeit mit Russland. Die Unruhen der Jahre 2013 und 2014 in der Ukraine aber hatten vor allem mit sozialen Problemen, Demokratiedefiziten und Korruption zu tun. Relevante Teile der Mittelschichten versprachen sich von einer Annäherung an die EU die Lösung ihrer Probleme. Allerdings hatte der Sturz der kritikwürdigen Regierung Janukovitsch kaum etwas Emanzipativ-solidarisches an sich. Das gilt erst recht für die Bildung der neuen ukrainischen Regierung oder deren Unterstützung durch den «Westen».

Dass sich Russland aufgrund dieser Entwicklung ökonomisch und sicherheitspolitisch noch ärger bedroht sah, darf ebenso wenig verwundern, wie dass sich die Bevölkerung der Krim mit ihren artikulierten Sonderinteressen mehrheitlich von der Ukraine entfernen wollte. Verwundern sollte auch nicht, dass sozial und politisch ganz verschiedene Akteure im Donbass⁸ gerade beim ökonomischen Gewicht ihrer Region als Gewinner aus dem Aufbegehren sehr unterschiedlicher politischer und sozialer Kräfte hervorgehen wollten. Bei der Abspaltung der Krim, bei der Verkündung der «Freien Donbass-Republiken» und beim Agieren Russlands kamen ebenfalls keine emanzipativ-solidarischen Momente zum Tragen (auch wenn es solche Träume gab), im Gegenteil: Im «freien» Donbass agieren auch internationale Faschisten. Und bei denjenigen, die auf Zugehörigkeit zum «Westen» setzen, dominiert kein Wille zu Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Gerechtigkeit und kollektiver Sicherheit. Schließlich begann die neue Regierung der Ukraine einen Krieg gegen die abtrünnigen «Donbass-Republiken», deren Unterstützung durch den Kreml auch kein originär humanitärer Akt ist.

Die im «Westen» Herrschenden mit ihren unterschiedlichen Interessen, Einschätzungen und Partnern kümmerte

vor allem, wie sie aus den Ereignissen in der Ukraine selbst Nutzen ziehen und Risiken dabei auf andere abwälzen konnten. Trotz bestehender Differenzen sind sich EU und USA darin einig, dass Russland mit seinen militärischen und technologischen Kompetenzen kontrolliert und vor allem die Allianz eines starken Russlands mit China verhindert werden muss. Mit dem Verweis auf die – wie der Mainstream sagt – «völkerrechtswidrige Annexion der Krim» und den «Krieg Russlands gegen die Ukraine mittels seiner Donbass-Marionetten» hat der «Westen» seine Aufrüstung seit 2014 enorm forciert: Im Baltikum und in Polen stärkte die Nato ihre Speerspitzen-Präsenz (Enhanced Forward Presence) und füllte Folgekräfte auf. Der Status des Nato-Partners Schweden wurde erheblich gestärkt. Die Manöver an den Grenzen Russlands werden in Moskau als Bedrohung wahrgenommen und sind wohl auch als Drohgebärden gedacht. Ende 2015 wurde mit der Inbetriebnahme des landgestützten Aegis-Ashore-Stützpunktes im rumänischen Deveselu die zweite Phase des Raketen-Aufbaus abgeschlossen. Im spanischen Rota sind vier amerikanische Zerstörer mit Abfangraketen stationiert. Die dritte Phase soll mit der Indienstationierung der Aegis-Ashore-Raketenabwehrbasis im polnischen Redzikowo vollendet werden. 2017 fungierte Finnland demonstrativ als Gastgeber einer Nato-Konferenz. Seit Anfang Dezember 2017 arbeiten 25 EU-Staaten, darunter 20 Nato-Mitglieder, in Sachen «Sicherheits- und Verteidigungsfragen» enger zusammen. Ihre Ständige Strukturierte Zusammenarbeit (PESCO) gilt als großer Schritt hin zu einer starken Europäischen Verteidigungspolitik.

Der Schriftsteller Wolfgang Bittner hat analysiert, wie Russland durch Wirtschaftssanktionen, Beeinflussung der Kapital- und Energiemärkte und provoziertes Nachrüsten in den Ruin getrieben werden soll, und resümiert: «In der Praxis des bislang noch Kalten Krieges ist eine neue Stufe der Eskalation erreicht, wenn gemeldet wird, dass die USA im Rahmen einer neuen Atomstrategie der NATO Anfang September 2015 Abwürfe von Übungsatombomben in Lettland vorgenommen haben und des Weiteren per Gesetz die Möglichkeiten geschaffen wurden, in der Ukraine Atomwaffen zu stationieren.»⁹ Dazu passt dann der Umgang mit Putins Vorschlag vom September 2017, eine UN-Mission für die Ostukraine zu bilden. Der Vorschlag, der die Mitsprache der «Donbass-Republiken» vorsieht, wurde abgeschmettert und damit eine Chance für Entspannung verspielt.¹⁰ Das gilt auch und insbesondere im Falle Syriens. Daniela Dahn hat die Medienberichterstattung und die Fakten zur militärischen Intervention Russlands in Syrien recherchiert und verwies in einer Wortmeldung im Juli 2017 auf die Einschätzung des UN-Beauftragten für Syrien Staffan de Mistura, der gesagt habe, «das russische Militär habe vermieden, dass es in Aleppo zum Allerschlimmsten gekommen sei und nochmals 100.000 Flüchtlinge in Bewegung gesetzt würden. Der Waffenstillstand halte besser als bei früheren Versuchen.»¹¹ Selbstverständlich folgten Putins Befehle auch in diesem Fall nicht emanzipativ-solidarischen Motiven.

SO WHAT?

Die kurze Analyse zeigt

- dass die vom «Westen» ausgelöste Entwicklung zu einer Spirale der Eskalation geführt hat, die beide Seiten von sich aus nicht stoppen wollen und können;
- den relevanten Anteil der in Russland und in der Ukraine Herrschenden an den zerstörerischen Entwicklungen;

- wie Russland seinen Politikstil an den des «Westens» angepasst hat und ebenfalls imperiale Politik betreibt;
- dass eine Rückkehr zu einem auf westlicher Vorherrschaft beruhenden relativ ruhigen Verhältnisses zu Russland unmöglich scheint.

Wenn in diesem Text die permanente Verletzung russischer Sicherheitsinteressen thematisiert wurde, geschah das nicht als Legitimation oder Entschuldigung für russische Rechtsbrüche und Drohungen. Deren Kritik, Aufgeschlossenheit für Vorschläge zur Entspannung, die Forderungen nach dem Stopp westlicher Eskalation und nach Initiativen zur Deeskalation gehören zusammen.

Wie dramatisch sich die Linken in der Defensive befinden, das zeigt unseres Erachtens auch und insbesondere, dass sie sich in Bezug auf Russland in ein «Für oder gegen Putin?» treiben ließen. Für den gemeinsamen Kern des Problems, das Ringen um globale Vorherrschaft, konnten sie bisher keine konkreten Vorschläge entwickeln, die in wirksame friedenspolitische Initiativen gemündet hätten. Das Selbstverständnis vieler Linker und ihre Organisationsstrukturen erfordern und befördern das auch nicht. Aktionen gegen Nato-Stützpunkte in Deutschland, die unmittelbar in die Eskalationsstrategien eingebunden sind, könnten ein Ansatzpunkt sein, um hier Veränderungen herbeizuführen.

Lutz Brangsch und Judith Dellheim arbeiten am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

¹ US-General stimmt Truppen auf «großen Kampf» ein, Spiegel Online, 24.12.2017. ² Ischinger warnt vor Kriegsgefahr mit Russland, Spiegel Online, 26.6.2016. ³ Vgl. Humanitäre Hilfe leisten, deeskalieren. Memorandum der Arbeitsgruppe Ukraine, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin 2014, unter: www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publicationen/rls-onl_Ukraine-Memorandum_2014.pdf; Dellheim, Judith: Zur Kritik der Demokratie und der Linken in der Europäischen Union, in: Candeias, Mario/Demirović, Alex: Europe – what's left. Die Europäische Union zwischen Zerfall, Autoritarismus und demokratischer Erneuerung, Münster 2017, S. 28–48; Daniljuk, Malte u. a. (Hrsg.): Facetten eines Konflikts. Hintergründe und Deutungen des Krieges in der Ukraine, Materialien Nr. 6, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin 2015, unter: www.rosalux.de/publikation/id/4924/facetten-eines-konflikts/; Der ukrainische Krieg und die Politik der Linken, Nachricht der Rosa-Luxemburg-Stiftung, 6.9.2014, unter: www.rosalux.de/news/id/7997/der-ukrainische-krieg-und-die-politik-der-linken/; Burdyga, Igor: Auf Kollisionskurs zur gesellschaftlichen Mehrheit, Standpunkt 30/2016, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, unter: www.rosalux.de/publikation/id/9142/auf-kollisionskurs-zur-gesellschaftlichen-mehrheit/. ⁴ Vertrag zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung von Raketenabwehrsystemen, die beiden Seiten ihre Zweitschlagfähigkeit erhielt. ⁵ Vertrag zwischen den USA und der UdSSR über nukleare Mittelstreckensysteme, der alle Flugkörper mit mittlerer und kürzerer Reichweite (500 bis 5.500 Kilometer) verbot. Bestehende Systeme sollten vernichtet werden. ⁶ Vgl. Dahn, Daniela: Kooperation oder Konfrontation mit Russland?, 2.7.2017, unter: www.danieladahn.de/muenchner-friedenskonferenz/ (mit Verweis auf Time, 15.7.1996). ⁷ Die Republiken gehören völkerrechtlich zu Georgien, aber unterstehen nicht der Zentralmacht in Tiflis. ⁸ Das Spektrum der Akteure reicht von Beschäftigten in den für die Ukraine äußerst wichtigen Betrieben, die ihre soziale Lage verbessern wollten, bis hin zu Oligarchen und Nationalisten, die ihre Macht mehren wollten. Es umfasst auch Menschen, die auf mehr Demokratie und soziale Gerechtigkeit hoffen. ⁹ Bittner, Wolfgang: Die Eroberung Europas durch die USA. Eine Strategie der Destabilisierung, Eskalation und Militarisierung, Frankfurt a.M. 2017, S. 140. ¹⁰ Vgl. Brunner, Simone: Angebot vom Kriegsherrn, Zeit Online, 19.9.2017. ¹¹ Dahn: Kooperation oder Konfrontation.

IMPRESSUM

STANDPUNKTE 1/2018 erscheint online und wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung
 V.i.S.d.P.: Ulrike Hempel
 Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · www.rosalux.de
 ISSN 1867-3171
 Redaktionsschluss: März 2018
 Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin
 Satz/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation